

SOLIDARITÄT

Die **OGB**-Zeitschrift für die Arbeitswelt

IN DIESEM HEFT:

→ *Equal Pay Day 2018*

→ *Diskussion: ÖGB-Europadialog*

→ *Reifen-/Autoservice: Sonderkonditionen*

Mit der Gesundheit spielt man nicht!

Durch den Umbau der Sozialversicherung drohen Leistungskürzungen und Mehrbelastungen für PatientInnen.

KV-VERHANDLUNGEN

Gewerkschaften wollen Branche für Branche für Verbesserungen sorgen.

Seite 4-7

ROT-WEISS-ROT-CARD

Regierung will Öffnung für Lehrlinge.

Seite 11

ARBEITSBEDINGTER KREBS

ÖGB fordert strengere Grenzwerte.

Seite 17

VOR 20 JAHREN IN DER SOLI



Zum Start der Herbstlohnrunde berichtete die „Solidarität“ in zwei Folgen über die jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen: worum es geht, was geregelt wird, welche Arten es gibt, welche Schwierigkeiten und welche Erfolge. Schließlich geht es um das verdiente Geld der Beschäftigten.

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39803, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerin:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21.

Verlagsort: Wien. **Herstellungsort:** Neudörfel.

Kaufmännische Leitung: Christoph Höllriegl. **Chefin vom Dienst:** Amela Muratovic. **AutorInnen:** Florian Kräftner, Franz Fischill, Litsa Kalaitzis, Barbara Kasper, Dietmar Meister, Friederike Scherr, Stefan Fröhlich (ÖÖ), Christoph Schulz (Salzburg), Helena Sachers (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Martina Steiner-Riolo (Kärnten), Sabine Rudigier (Vorarlberg), Philip Vondrak (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark). **Artdirektion & Grafik:** Reinhard Schön. **Illustrationen:** Isabelle Carhoun. **Titelbild:** Adobe Stock. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler. **Lektorat:** Karin Flunger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli. **Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:** www.soli.at/offenlegung.

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352

DVR-Nr. 0046655

Adressänderungen

Tel.: 01/534 44-39100
oder unter service@oegb.at

i-move.at

Karenzzeiten voll anrechnen



KARENZZEITEN wie Arbeitszeiten bewerten: Das will ÖVP-Klubobmann August Wöginger, der in seiner Funktion als ÖAAB-Obmann die volle Anrechnung der Karenzzeiten forderte. Es gehe ihm darum, eine soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen, wie er im Ö1-Gespräch sagte. Wenn jemand bis zu 24 Monate Karenz nimmt und sich um ein Kind kümmert, soll sie/er künftig in dieser Zeit alle Gehaltsvorrückungen sowie die entsprechenden Urlaubsansprüche, Kündigungsfristen, Entgeltfortzahlungen und Krankenstandsansprüche angerechnet bekommen. Die bisherige Regelung benachteilige vor allem Frauen, die überwiegend in Karenz gehen und dadurch gehaltsmäßig im Vergleich zu Männern schlechtergestellt sind.

Karenzzeiten: Gesetz fehlt



SEIT JAHREN fordern die Gewerkschaften die volle gesetzliche Anrechnung der Karenzzeiten. Gescheitert ist das bisher jedoch immer am Widerstand der ÖVP – und dieses Mal dürfte es auch nicht anders laufen. Auch wenn es so scheint, als würde Wöginger die langjährige ÖGB-Forderung unterstützen, macht er bei der gesetzlichen Regelung sofort einen Rückzieher und spielt den Ball wieder an die KV-VerhandlerInnen zurück. Unverständlich: Die Gewerkschaften bringen das Thema seit Jahren in die KV-Verhandlungen ein, in vielen KV wurden auch Verbesserungen erreicht. Es ist aber höchste Zeit, dass alle Eltern die gleichen Chancen auf Anrechnung bekommen. An einer gesetzlichen Regelung führt kein Weg vorbei.

GUT GEBRÜLLT /// UNS ZUGEMÜLLT

»Ansonsten erlaube ich mir vorzuschlagen, die Kommunikation mit diesen Medien auf das nötigste (rechtlich vorgesehene) Maß zu beschränken ...«

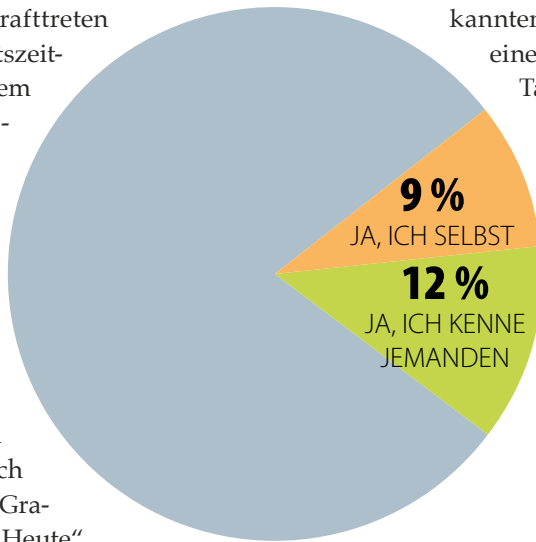


... schreibt die Öffentlichkeitsabteilung des Innenministers Herbert Kickl (FPÖ) in einem E-Mail an die PolizeipressesprecherInnen. Der Grund: Sie würden „einseitig“ und „negativ“ über das Innenministerium berichten. Explizit gewarnt wird vor dem „Kurier“, dem „Standard“ und dem „Falter“. Außerdem wird von den Polizei-Pressestellen erwartet, Straftaten von AusländerInnen und Sexualdelikte stärker zu kommunizieren. Dieses Schreiben sorgte für viel Kritik, sowohl im Inland als auch im Ausland. Eine „gefährliche Grenzüberschreitung“ nennt es die Journalistengewerkschaft. Denn: Eine freie Presse ist die Basis für eine starke Demokratie. „Wer die Demokratie einzuschränken versucht, hat in einer Demokratie als Politiker und erst recht als Mitglied der Bundesregierung keinen Platz“, sagt Eike-Clemens Kullmann, Vorsitzender der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp. Die Journalistengewerkschaft appelliert zugleich auch an die Zivilgesellschaft, wachsam zu sein: Wer in der Demokratie schläft, der wacht in einem autoritären System auf.

© photocase/bastografie

RUND EIN FÜNFTTEL DER BESCHÄFTIGTEN ...

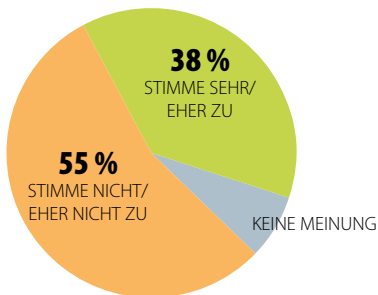
... wurde in den ersten drei Wochen seit Inkrafttreten des neuen Arbeitszeitgesetzes zu einem oder sogar mehreren 12-Stunden-Arbeitstagen eingeteilt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Befragung von 500 ÖsterreicherInnen durch Unique Research im Auftrag der Gratiszeitung „Heute“. Konkret beantworteten rund neun Prozent – also fast jede/r zehnte TeilnehmerIn – die Frage „Wurden Sie



oder jemand aus Ihrem Bekanntenkreis bereits zu einem 12-Stunden-Tag eingeteilt?“ mit „Ja, ich selbst“. Weitere zwölf Prozent kennen jemanden, dem das in den ersten 21 Tagen passiert ist.

„Wurden Sie oder jemand aus Ihrem Bekanntenkreis bereits zu einem 12-Stunden-Tag eingeteilt?“

DIE MEHRHEIT DER ÖSTERREICHERINNEN ...

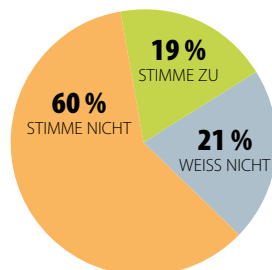


„Die Bundesregierung sorgt für soziale Gerechtigkeit“

... glaubt nicht, dass die schwarz-blaue Bundesregierung für soziale Gerechtigkeit und Fairness sorgt. Das geht aus dem ATV-Österreich-Trend hervor – einer regelmäßig von Meinungsforscher Peter Hajek durchgeführten Umfrage im Auftrag des Senders ATV. Der Aussage, dass die Regierung für soziale Gerechtigkeit sorgt, stimmten 55 Prozent gar nicht bzw. eher nicht zu. 38 Prozent der Befragten stimmten sehr bzw. eher zu.

NUR WENIGE ÖSTERREICHERINNEN ...

... betrachten sich über die derzeitige Ratspräsidentschaft Österreichs als gut informiert. Auch das bestätigt der ATV-Österreich-Trend. Lediglich 19 Prozent der 700 Befragten äußerten sich demnach positiv und attestierten der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung als EU-Ratsvorsitz einen „guten Job“ und „Initiativen auf EU-Ebene“.



„Die Bundesregierung macht als EU-Ratsvorsitz einen guten Job“

WOLFGANG KATZIAN,
ÖGB-Präsident,
über die KV-Verhandlungen

ES MUSS RASCHELN!



Wir bleiben dabei: Das neue Arbeitszeitgesetz ist ein schlechtes Gesetz. Ein Diktat zugunsten der Arbeitgeber, keine einzige Verbesserung für ArbeitnehmerInnen. Die Entscheidung über ihre Freizeit liegt in den Händen der Unternehmen. Bereits wenige Wochen nach dem Inkrafttreten wurde beinahe jede/r zehnte Beschäftigte zu einem oder mehreren 12-Stunden-Arbeitstagen eingeteilt. Das beweist eine aktuelle Umfrage, und es erklärt die vielen besorgten Anrufe, die uns erreichen. Aber das ist erst der Anfang. Die neuen Regelungen werden sich einspielen, immer mehr KollegInnen werden betroffen sein. Deswegen werden die Gewerkschaften den Protest weiter aufrecht halten. Wir starten eine Initiative für ein modernes Arbeitszeitrecht. Außerdem geht es darum, die Auswirkungen abzu-

»Mit einem Klimpern geben wir uns nicht zufrieden.«

federn, die das Gesetz auf Gesundheit, Freizeit und Familienleben der ArbeitnehmerInnen hat. Wir tun das bei den Kollektivvertragsverhandlungen. Bei der ersten Konferenz aller KV-VerhandlerInnen haben wir uns auf die wichtigsten Punkte geeinigt: Planbarkeit, fair bezahlte Überstunden, gesichertes Mitspracherecht für Betriebsräte, mehr Urlaub, besserer Gesundheitsschutz. Das gilt es Branche für Branche umzusetzen.

Das alljährliche Wehklagen der Arbeitgeber kennen wir. Anstatt saftige Gewinne an MitarbeiterInnen weiterzugeben, werden düstere Szenarien gezeichnet. Darauf werden wir auch heuer nicht hereinfallen, nach den Abschlüssen werden viele Branchen wieder über Gewinne jubeln. Für uns gilt daher ganz besonders: Die Gewinne müssen sich auch in den Geldbörsen der ArbeitnehmerInnen bemerkbar machen. Es muss rascheln, mit einem Klimpern geben wir uns sicher nicht zufrieden.

Branche für Branche für Verbesserungen sorgen

Bei der ersten österreichweiten Konferenz aller KV-VerhandlerInnen wurden zahlreiche Forderungen beschlossen.



ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian heizte die Stimmung bei der Konferenz in der METAstade an.

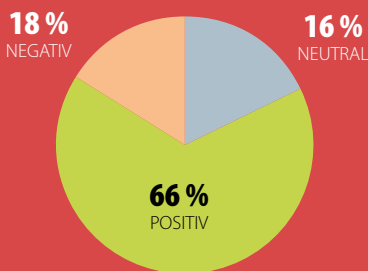
Das neue Arbeitszeitgesetz, mit dem die Regierung den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche möglich macht, ist ein schlechtes Gesetz. Es bringt nur Vorteile für die Arbeitgeber, und damit werden sich der ÖGB und die Gewerkschaften nicht abfinden. Das betonte ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian bei der erstmals durchgeführten Kollektivvertrags-VerhandlerInnen-Konferenz am 18. September 2018 in Wien einmal mehr.

900 BetriebsrätInnen aus allen Gewerkschaften hatten sich versammelt und eine gemeinsame Linie für die kommenden Kollektivvertragsverhandlungen festgelegt. Neben ordentlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen braucht es vor allem auch Regeln für die Arbeitszeit. Die Gewerkschaften fordern für alle Branchen Planbarkeit, Selbstbestimmung, Rechtssicherheit und nicht zuletzt eine Arbeitszeitverkürzung. Der ÖGB-Präsident bekräftigt: „Wir kämpfen Branche für Branche für Verbesserungen im Sinne der ArbeitnehmerInnen.“ Als Beispiele dafür nennt er die 6. Urlaubswoche und bezahlte Pausen.



© Sebastian Philipp (2)

Wie beurteilen Sie die Forderung nach einer 6. Urlaubswoche?



2017, Quelle: trend/market-Umfrage, n=409 Befragte

Eine Umfrage des Linzer market-Instituts bestätigt, dass der ÖGB mit seinen Forderungen auf dem richtigen Weg ist: Zwei Drittel der Befragten wollen mehr Urlaub.

Beschlossene Ziele, u. a.:

- ▶ Verkürzung der Normalarbeitszeit im KV
- ▶ sechs Wochen Urlaub für alle
- ▶ bezahlte Pausen
- ▶ Rechtsanspruch auf Viertageweche
- ▶ 1.700 Euro Mindestlohn, 850 Euro Mindestlehrlingsentschädigung, 14-mal im Jahr
- ▶ Ankündigungsfrist von mindestens vier Wochen für Wochenendarbeit
- ▶ mindestens 100 Prozent Zuschlag auf die 11. und 12. Stunde
- ▶ Rechtsanspruch auf Auszahlung der Überstunden

Alle Forderungen finden Sie unter: <https://bit.ly/2MNTjxD>

RUND UM DEN KOLLEKTIVVERTRAG

Was ist ein Kollektivvertrag (KV)?

Der KV ist eine rechtsbindende Vereinbarung zwischen VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen und der Arbeitgeber und gilt für eine Branche. Dort finden sich die wichtigsten Rechte und Pflichten aus einem Arbeitsverhältnis, wie etwa Arbeitszeit, Entgelt oder Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Was ist eine KV-Verhandlung?

Bei einer KV-Verhandlung beraten VertreterInnen der Arbeitgeber und der ArbeitnehmerInnen über den Inhalt eines KV. Aufgenommen werden die Verhandlungen meist nach Aufforderung der Gewerkschaft und Übergabe eines Forderungsprogramms. Ziel ist es, höhere Löhne und Gehälter sowie Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen zu verhandeln, etwa bei der Anrechnung der Karenzzeiten, dem Urlaub oder den Überstundenzuschlägen.

Wie lange dauert eine KV-Verhandlung?

Es gibt Verhandlungen, die nach wenigen Terminen zu einem Ergebnis kommen, und es gibt scheinbar endlose Verhandlungen. Das hängt vom Verhandlungsthema und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Branche ab. Können sich die VerhandlungspartnerInnen nicht einigen, werden Verhandlungen auch unter- oder abgebrochen und es kommt zu Kampfmaßnahmen.



ROUTINE KOMMT KEINE AUF

HINTER DEN KULISSEN EINER KV-VERHANDLUNG

„Routine kommt keine auf, es ist jedes Jahr wieder spannend“, meint Romana Huber (Foto rechts), Sekretärin für die Region Wien der Gewerkschaft GPA-djp, am Rande des Auftaktes der sogenannten Herbstlohnrunde. Es ist der 20. September 2018. Mathilde Ludwig, Fachexpertin der Statistikabteilung in der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE), stimmt Huber zu. Für Ludwig waren die vergangenen Wochen schlichtweg harte Arbeit, denn ohne solide Daten geht bei KV-Runden nichts. Es galt aktuelle Wirtschaftsdaten zu erheben und aufzuarbeiten. Dazu kommen noch Spezialauswertungen wie die von der PRO-GE jährlich durchgeführten Lohnerhebungen. Diese werden unter anderem getrennt nach Männern und Frauen ausgewertet, um ein gutes Bild für alle lohnrelevanten Berechnungen zu erzielen. Bereits seit August hat die Fachexpertin gemeinsam mit ihren KollegInnen von der GPA-djp am

sogenannten Forderungskatalog mitgeschmiedet. Sie steht für unzählige KollegInnen, die hinter den Kulissen zum Erfolg von Kollektivvertragsverhandlungen beitragen. Wenn Ludwig mit ihrem Beitrag fertig ist, beginnt für Huber und viele andere in beiden Gewerkschaften die Arbeit. Es gilt, die BetriebsrätInnen über den Verlauf der Verhandlungen zu informieren, immer bereit zu sein, Beschlüsse des Verhandlungsgremiums bis in die Betriebe zu verbreiten.

So richtig „stressig“ wird es für Huber, wenn es darum geht, Betriebsrätekonferenzen oder gar Betriebsversammlungen zu organisieren. Ist die Verhandlung erfolgreich abgeschlossen, heißt es für sie nochmals richtig durchstarten und den Erfolg zu kommunizieren. Jährlich verhandeln die Gewerkschaften mehr als 400 Kollektivverträge. Viele KollegInnen wie Huber und Ludwig tragen durch ihre Arbeit zum Erfolg bei.

KAMPF FÜR EIN FAIRES ARBEITSZEITRECHT

Der ÖGB startet Initiative: Ein modernes Arbeitszeitrecht muss mehr Mitbestimmung ermöglichen.



© Markus Zahradnik (2)

»Bei uns ist es kalt, sogar sehr kalt. Das ist aber gut, damit die Menschen auch gesundes Fleisch bekommen. Im Kühlraum hat es null, in der Selchkammer 80 Grad. Schon bei acht Stunden am Tag und 40 Stunden in der Woche ist es nicht so einfach, vor allem leidet unsere Gesundheit darunter. Ich möchte gar nicht wissen, um wie viel die Arbeitsunfälle bei einem 12-Stunden-Tag steigen werden. Und das macht mir Sorgen.«

Robert Schwarzbauer, Fleischhauer

DAS ARBEITSZEITGESETZ IST EIN SCHUTZGESETZ. Ein Gesetz, das ArbeitnehmerInnen davor schützen soll, vom Arbeitgeber zu überlangen Arbeitszeiten gedrängt zu werden, aber auch davor, sich selbst auszubeuten. Seit dem 1. September sieht das ganz anders aus: Die angebliche Flexibilität führt einfach zu längeren Arbeitszeiten und somit zu einer Zunahme von psychischen und physischen Erkrankungen.

Der ÖGB und die Gewerkschaften fordern daher nicht nur Korrekturen des seit 1. September 2018 geltenden Arbeitszeitgesetzes, sondern starten auch die größtmögliche Begutachtung in Form einer Initiative für ein neues, modernes Arbeitszeitrecht, mit dem Ziel, die Lebensarbeitszeit in all ihren Facetten neu und modern zu denken.

Nein zu einseitiger Flexibilität

Flexible Regelungen in den Kollektivverträgen (KV) verdeutlichen, dass der ÖGB nie gegen flexible Arbeitszeiten gewesen ist. Aber: Flexibilität kann nicht nur einseitig, im Interesse der Arbeitgeber, funktionieren. „Wir wollen einen breiten und umfassenden Gesamtblick auf die Zeitgestaltung der ArbeitnehmerInnen im Arbeitsleben, der weit über die Grenzen des reinen Arbeitszeitgesetzes hinausgeht“, erklärt Korinna Schumann, ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende, bei der KV-VerhandlerInnen-Konferenz. „Ein modernes Arbeitszeitrecht muss ArbeitnehmerInnen mehr Mitbestimmung über ihre Arbeitszeiten eröffnen.“

Was braucht ein modernes Arbeitszeitrecht?

Die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen sind unterschiedlich. Das könnte zum Beispiel sein:

- ◆ Recht auf Planbarkeit und Mitsprache bei der Arbeitszeit: Nur so können Beschäftigte ihre Ansprüche auch wirklich durchsetzen!
- ◆ 6. Urlaubswoche: Die Umsetzung im öffentlichen Dienst ist ein großer Erfolg. Jetzt gilt es, diese auch für Beschäftigte in der Privatwirtschaft durchzusetzen.
- ◆ Digitalen Wandel mitgestalten: Mit dem Recht für ArbeitnehmerInnen, sich Zeit für Qualifizierung und Aus- und Weiterbildung zu nehmen, kann den Veränderungen der Arbeitswelt proaktiv begegnet werden.
- ◆ Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Im Rahmen der Initiative sollen Beiträge aus der Zivilgesellschaft gesammelt, ExpertInnen auf unterschiedlichen Ebenen einbezogen und letztendlich Gespräche mit allen politischen Parteien geführt werden. „Mitbestimmung ist extrem wichtig und darauf muss geachtet werden. Eine besonders wichtige Rolle sowohl im Prozess als auch in der Umsetzung der Ergebnisse werden die Betriebsrätinnen und die Betriebsräte haben“, hält die ÖGB-Vizepräsidentin fest.

Große Unterstützung für die ÖGB-Initiative kommt von der Arbeiterkammer (AK). „Wir wollen ein modernes Gesetz und nicht zurück ins 19. Jahrhundert, als der 12-Stunden-Tag Standard war“, betont AK-Präsidentin Renate Anderl. Besonders wichtig ist für sie die 6. Urlaubswoche: „Es ist höchste Zeit im 21. Jahrhundert, dass diese für alle umgesetzt wird.“



© Sebastian Philipp (2)

KORINNA SCHUMANN, ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende:
"Wir wollen gute Arbeit und ein gutes Leben für alle ArbeitnehmerInnen."

»In der Zwirnerei hat es durchschnittlich 37 Grad und 70 Prozent Luftfeuchtigkeit, das sind Tropentemperaturen. Außerdem ist es laut, 85 Dezibel – wie auf einer Autobahn. Wir haben ein Schichtsystem und arbeiten einmal acht Stunden und zweimal zwölf Stunden. Dafür bekommen wir bis jetzt auch die Zuschläge, die uns zustehen. Wir haben zum Glück eine Betriebsvereinbarung. Aber es gibt auch andere. Die „dürfen“ jetzt 60 Stunden die Woche arbeiten, und das ganz ohne Zuschläge. Das ist nicht fair.«

Andrea Schremser, Fabrikarbeiterin

SO LÄUFT DIE INITIATIVE AB:

+++ MITMACHPROZESS: Die Initiative für ein modernes Arbeitszeitrecht lebt von den Beiträgen der ArbeitnehmerInnen. Auf Regional-, Landes- und Bundesebene werden sie zum Mitmachen eingeladen. Auf unterschiedlichsten Wegen, sowohl online als offline, bekommen sie die Möglichkeit, ihre Meinung einzubringen.

+++ IN EINEM ZWEITEN SCHRITT (ExpertInnenprozess): Auf Basis erster Ergebnisse auf Regional-, Orts- und Betriebsebene werden öffentliche Veranstaltungen in Kooperation mit der Wissenschaft (z. B. Universitäten, Arbeiterkammer, ArbeitsrechtlerInnen, ArbeitsmedizinerInnen) durchgeführt.

+++ AUF BUNDESEBENE fließen die Ergebnisse der Länder (Mitmach- und ExpertInnenprozess) zusammen und werden in ein Gesamtergebnis gegossen.

+++ VOM ÖGB UND DEN GEWERKSCHAFTEN wird aus diesen Ergebnissen ein ganz neues, modernes Arbeitszeitrecht ausgearbeitet, das Grundlage für die Diskussion mit den Parteien ist das und letztendlich in einen Gesetzesvorschlag münden soll.

INITIATIVE
FÜR EIN MODERNES
ARBEITSZEITRECHT | **ÖGB**

Demner, Melicek & Bergmann

LEBE DAS LEBEN

„Ois OK“ von Seiler und Speer – jetzt auf LebeDasLeben.com

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

Gesetz bremst Verbesserungen für Versicherte

Die von der Bundesregierung beschlossene „Ausgabenbremse“ zeigt erste negative Auswirkungen. BGKK-Versicherte sind Leidtragende.



© ÖGB Burgenland

DIE AUSSENSTELLE der Burgenländischen Gebietskrankenkasse (BGKK) in Oberwart ist in die Jahre gekommen. Eine zeitgemäße Versorgung der Versicherten ist aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen bzgl. Datenschutz oder Barrierefreiheit und Wahrung der Privatsphäre nicht mehr gegeben. Außerdem wird Platz für Projekte der Gesundheitsförderung und Prävention benötigt. Daher hat der Vorstand der BGKK bereits 2017 eine Verlegung der Außenstelle beschlossen und einen Mietvertrag mit der Oberwarter Siedlungsgenossenschaft abgeschlossen, die sogar eine ge-

ringere Quadratmeterpreismiete als im derzeitigen Gebäude ermöglicht.

ArbeitgebervertreterInnen gegen neue Außenstelle

Der Vorstandsbeschluss wurde von der Kontrollversammlung, in der die ArbeitgebervertreterInnen die Mehrheit haben, ohne Angabe von Gründen abgelehnt. In einer außerordentlichen Generalversammlung wurde dem Beschluss wieder zugestimmt. Die Kontrollversammlung lehnte den Antrag auch in der nächsten Sitzung ab. Jetzt wäre die Ministerin am

Wort, doch die schweigt und trifft keine Entscheidung. Leidtragende sind die Versicherten.

Ausgabenbremse zeigt erste Auswirkungen

Ebenfalls negativ auf die Versicherten wirkt sich ein neues Gesetz aus. Die sogenannte „Ausgabenbremse“ soll verhindern, dass die Gebietskrankenkasse vor der Fusion zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) zu viel Geld ausgibt. Im Burgenland gibt es erste negative Auswirkungen auf die Versicherten. In der vergangenen Vorstandssitzung konnten aufgrund dieses Gesetzes die zusätzliche Planstelle für Kinder- und Jugendheilkunde im Bezirk Neusiedl, die Anhebung der Vorsorgeuntersuchungen sowie die Erweiterung der Vertragsstellen für Logopädie nicht beschlossen werden. Für PatientInnen bedeutet das längere Wartezeiten, obwohl die BGKK aufgrund der Gewinne der vergangenen Jahre die Leistungen für die Versicherten verbessern wollte.

KOMMENTAR /// Hannelore Binder, ÖGB-Landesfrauenvorsitzende ÖGB Burgenland

IM SCHNECKENTEMPO INS ZIEL!



© ÖGB Burgenland

Im Burgenland fällt der Equal Pay Day auf den 22. Oktober. Ab diesem Tag arbeiten Frauen bis zum Ende des Jahres „gratis“, weil sie aufgrund der geringeren Bezahlung für die gleiche Arbeit weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Eigentlich müssten wir in große Begeisterungstürme ausbrechen, denn im Burgenland hat sich der Equal Pay Day erstmals um ganze sechs Tage nach hinten verschoben. Das wäre eigentlich ein

Grund zur Freude, weil unsere Forderungen und die in der Vergangenheit gesetzten Maßnahmen wie die Einführung von 1.500 Euro Mindestlohn, von Frauenquote und von verpflichtenden Einkommensberichten endlich greifen.

Tun wir aber nicht. Denn Frauen im Burgenland sind noch immer unterbezahlt. Sie haben noch immer um 9.664 Euro weniger im Geldbörstel. In den vergangenen zwölf Jahren hat sich der Equal Pay Day um gerade einen Monat verbessert. Wenn wir in diesem Schneckentempo weitermachen, brauchen

wir noch Jahrzehnte, bis die Einkommensschere geschlossen ist.

Leider gehen die bisherigen Gesetze der Bundesregierung in die falsche Richtung. Der generelle 12-Stunden-Tag bzw. die 60-Stunden-Woche begünstigen das Arbeitsleben der Frauen nicht unbedingt. Aufgrund der fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen werden noch mehr Frauen Teilzeit arbeiten oder viele sogar den Beruf an den Nagel hängen. Diese Tatsachen tragen keinesfalls irgendetwas Positives zum Schließen der Einkommensschere bei!

AUS 21 MACH 5?

Erste rechnerische Bewertung der Regierungsvorhaben: Durch den Sozialversicherungs-Umbau drohen Leistungseinschränkungen oder Mehrbelastung für PatientInnen.



Fehlende Mittel führen zu längeren Wartezeiten, höheren Beiträgen oder zur Einführung von Selbstbehalten.

© Adobe Stock

Die ÖVP/FPÖ-Regierung hat Mitte September ihre Pläne für die Reform der Sozialversicherung präsentiert. Zentraler Punkt ist die Zusammenlegung der Krankenkassen. Aus derzeit 21 Sozialversicherungen sollen fünf werden (siehe Kasten auf Seite 11). Die Kosten für die Fusion konnte die Regierung bisher nicht beziffern. Allerdings gibt sie an, dadurch eine Milliarde Euro für die PatientInnen einsparen zu wollen. Der Haken an der Sache: Die Zerschlagung des bewährten Sozialversicherungssystems wird nie und nimmer zu solchen Einsparungen führen, sondern im Gegenteil sogar zu Mehrkosten führen.

Hohe Kosten - 70 Prozent aller Fusionen scheitern

Studien zeigen, dass Fusionen vor allem in den ersten Jahren mehr kosten, als sie bringen. Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, erinnert

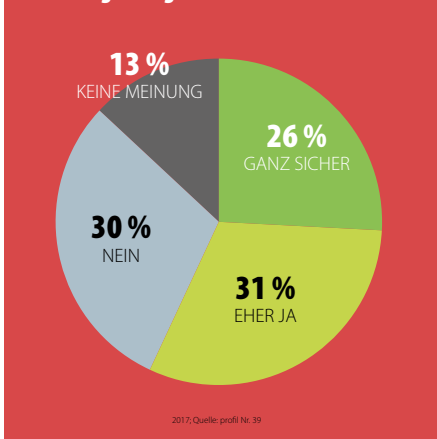
in diesem Zusammenhang an die Zusammenlegung der Pensionsversicherungen vor mehr als zehn Jahren, die der Rechnungshof wegen ihrer hohen Kosten kritisiert hat. Laut Harvard Business School scheitern 70 Prozent aller Fusionen. Das prominenteste Beispiel ist die gescheiterte Fusion von

Daimler-Chrysler, die mit einer großen Pleite endete. In Deutschland hat Regierungsberater Bert Rürup nachgewiesen, dass die Zusammenlegung von Krankenversicherungen die Verwaltungskosten nicht gesenkt, sondern – ganz im Gegenteil – erhöht hat.

Belastungsmilliarde statt PatientInnenmilliarde

Bei dem geplanten Sozialversicherungs-Umbau der Bundesregierung scheint es in eine ähnliche Richtung zu gehen: SozialversicherungsexpertInnen haben den Gesetzesentwurf bewertet und festgestellt, dass für den Zeitraum von 2019 bis 2023 über eine Milliarde Euro weniger für die PatientInnen zur Verfügung steht. Das berichtet die Austria Presse Agentur Ende September. Zählt man die Kosten für die Fusion dazu, kommt man auf mehr als 1,5 Milliarden Euro. Für Einsparungen bietet der Entwurf keine konkreten Anhaltspunkte, es kann also keine Rede davon sein, dass

Gehen die geplanten Reformen der Bundesregierung zulasten der PatientInnen?



57 Prozent der Befragten befürchten Verschlechterungen im Gesundheitssystem.



»Fusionen
kosten mehr,
als sie bringen«

Bernhard Achitz,
Leitender Sekretär
des ÖGB

eine „PatientInnenmilliarde“ zusätzliche Leistungen für Versicherte bringen wird. Vielmehr handelt es sich um eine „Belastungsmilliarde“, so die ExpertenInnen. Profitieren werden von dem Sozialversicherungsumbau vor allem Wirtschaft und Industrie, die künftig geringere Versicherungsbeiträge zahlen. Die fehlenden Mittel werden für die PatientInnen Leistungskürzungen mit sich bringen, zu längeren Wartezeiten, höheren Beiträgen oder zur Einführung von Selbstbehalten führen.

Verwaltungskosten seit 2000 von 3,7 auf 2,6 Prozent gesunken

„Wer will, dass mehr Geld für die Gesundheit der Menschen vorhanden ist, muss damit weitermachen, was die Krankenkassen unter der Regie der erfahrenen Hauptverbands-ManagerInnen seit Jahren tun: auf der einen Seite die Leistungen für die PatientInnen vereinheitlichen und verbessern und auf der anderen Seite sparen, indem zum Beispiel Rechenzentren zusammengelegt werden“, sagt Achitz. Erfolg: Von 2000 bis 2017 sind die Verwaltungskosten der Krankenkassen von 3,7 auf 2,6 Prozent gesunken.

AUS 21 MACH 5

- ▶ Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK): bisherige neun Gebietskrankenkassen
- ▶ Pensionsversicherungsanstalt (PVA)
- ▶ Sozialversicherung der Selbstständigen (SVS): bisherige Sozialversicherung für Unternehmen (SVA) und Bauern (SVB)
- ▶ Versicherungsanstalt für den öffentlichen Dienst und Schienenverkehrsunternehmen (BVAEB): bisherige Eisenbahnversicherung wird in die Beamtenversicherung eingegliedert
- ▶ Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA)

Regierung missbraucht Rot-Weiß-Rot-Card

Die Rot-Weiß-Rot-Card sollte Hochqualifizierte nach Österreich holen. Die Regierung will sie nun weiter öffnen, statt Fachkräfte auszubilden.

STATT AUF AUSBILDUNG von Lehrlingen und von vermeintlich fehlenden Fachkräften zu setzen, will die Regierung das Anwerben zusätzlicher Arbeitskräfte aus dem Ausland – etwa von Lehrlingen – erleichtern, zum Beispiel durch das Aufweichen der Kriterien für die Rot-Weiß-Rot-Card. „Diese ist aber eigentlich für Hochqualifizierte gedacht, die auch entsprechend gut verdienen – und nicht für Branchen, die wegen schlechter Arbeitsbedingungen keine MitarbeiterInnen finden“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.

Fachkräfte in Mangelberufen

Erfunden haben die Rot-Weiß-Rot-Card im Jahr 2010 die Sozialpartner, im Parlament wurde sie dann zwei Jahre später - 2012 - beschlossen. Das Ziel: besonders hoch qualifizierte MigrantInnen ins Land zu holen, also das international gefragte Top-Level. Außerdem gibt es die Karte für Menschen in einem Mangelberuf, also in einem Beruf, für den in ganz Österreich niemand zu finden ist. Achitz weist darauf hin, dass den Rot-Weiß-Rot-Card-InhaberInnen nach zwei Jahren in einem Mangelberuf der gesamte österreichische Arbeitsmarkt offensteht: „Und alle Erfahrung

zeigt: Wenn es im sogenannten Mangelberuf keine attraktiven Arbeitsbedingungen gibt, wechseln sie nach diesen zwei Jahren die Branche und nehmen einen Job mit besseren Arbeitsbedingungen an – und übersiedeln dann auch aus den entlegenen Tälern nach Wien.“

Gefahr für Billiglohnsektor

Die Pläne der Bundesregierung sorgen auch bei der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) für Unverständnis – auch jene Pläne, AsylwerberInnen zu verbieten, eine Lehre zu beginnen: „Einerseits sprechen sie von Fachkräftemangel, andererseits verwehren sie jenen die Ausbildung, die in dringend benötigten Mangelberufen eine Lehre machen. Stattdessen soll nun die Rot-Weiß-Rot-Card für Lehrlinge aus Drittstaaten geöffnet werden“, kritisiert Susanne Hofer, Vorsitzende der ÖGJ. Sie befürchtet, dass die Regierung mit der Ausweitung der RWR-Card folgendes Ziel verfolgt: „Nämlich durch die Hintertür junge Menschen als billige Arbeitskräfte zu holen und damit Tor und Tür für einen Billiglohnsektor zu öffnen. Das ist zum Nachteil für alle ArbeitnehmerInnen.“

BUNT, NA UND?

Studie: Diskriminierung von LSBTI-Menschen am Arbeitsplatz hinter vorgehaltener Hand.



© Adobe Stock

WER WEN LIEBT, sollte eigentlich im Job keine Rolle spielen – tut es aber dann doch. Über 200.000 ArbeitnehmerInnen in Österreich sind homo- oder bisexuell oder lassen sich nicht in die gängige Kategorisierung von Mann oder Frau zuordnen. Die Diskriminierung nach sexueller Orientierung kommt am Arbeitsplatz meist auf leisen Sohlen.

Die offene Benachteiligung von LSBTI-Menschen mit einer Verweigerung von Vorrückungen oder Benachteiligung bei Dienstplänen gibt es, ist aber seltener. Viel häufiger sind es ein Getuschel am Gang, Gerüchte oder unangenehme obszöne Witze, die das Leben am Arbeitsplatz beeinträchtigen.

Im Auftrag von Arbeiterkammer und ÖGB hat Sora knapp 1.300 Menschen, die sich als Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transgender, Intersexuell (LSBTI) oder anders orientiert einstufen, über ihre Erfahrungen am Arbeitsplatz befragt.

Da es keine echte Zufallsstichprobe war, ist die Umfrage im statistischen Sinne nicht repräsentativ und darf nicht verallgemeinert werden, schränken die Studienautoren ein. Die Ergebnisse und Beispiele zu Initiativen, wie ein respektvolles Klima im Betrieb geschaffen werden kann, sind am 26. September im AK-Bildungszentrum präsentiert worden.

Mehr Informationen: <https://bit.ly/2Nie5p1>



WHATSAPP-SERVICE

INFORMATIONEN DIREKT AUF DAS SMARTPHONE

Interessierte können sich für den „ÖGB-WhatsApp-Infoservice“ anmelden. Damit erhalten sie wöchentlich einen Überblick über die neuesten Meldungen und aktuelle Angebote direkt auf ihr Smartphone. Für die Anmeldung müssen Sie einfach die Nummer 0677 6247 89 37 im eigenen Telefonbuch speichern und eine WhatsApp-Nachricht mit START an ebendiese senden. Alle Informationen finden Sie auch im Internet unter www.mitgliederservice.at.



„WIR GEMEINSAM“

ÖSTERREICHWEITE INITIATIVE FÜR EINEN STARKEN SOZIALSTAAT

„Ich brauche einen Rollstuhl seit meiner Geburt. Dank Rehabilitation und acht Stunden Physiotherapie täglich konnte ich wieder zurück in die Arbeit“, erzählt Vera Hinterdorfer beim Start der Armutskonferenz-Initiative „Wir gemeinsam“: „Ohne starkes soziales Netz könnte ich heute hier nicht sitzen.“ Die österreichweite Initiative will darauf aufmerksam machen, dass Armut „wirklich jeden treffen kann“. Mehr Informationen: wir-gemeinsam.at



WORKING POOR

HÄLFTE DER BESCHÄFTIGTEN KOMMT KAUM MIT EINKOMMEN AUS.

Rund drei Viertel der Reinigungskräfte, KassiererInnen im Handel, FriseurInnen und KosmetikerInnen kommen mit ihrem Lohn oder Gehalt schlecht aus. Sieben Prozent der Beschäftigten in Österreich – das sind rund 220.000 Personen – kommen mit ihrem Einkommen gar nicht aus. Trotz Arbeit gelten sie damit als arm (Working Poor). Zu diesem Ergebnis kommt eine Auswertung des Arbeitsklima Index der AK Oberösterreich. Mehr unter: <https://bit.ly/200hnCE>

© wir-gemeinsam.at, Adobe Stock



Aus für NÖGKK

Die ÖVP/FPÖ-Regierung ist sich einig über die Reform der Sozialversicherung. Aus bisher 21 Sozialversicherungen sollen maximal fünf Kassen werden, und aus neun Länderkassen wird eine „Österreichische Gesundheitskasse“ (ÖGK). Was das konkret für die NÖ Gebietskrankenkasse (NÖGKK) bedeutet, hat die „Solidarität“ zusammengefasst.

- 1. DIE NÖGKK** wird aufgelöst und ein Teil der Zentralkrankenkasse in Wien.
- 2. DIE ZUKÜNFTIGE LANDESSTELLE NÖ** der Österreichischen Gesundheitskasse wird zur Gänze an die Zentrale weisungsgebunden sein und ihre Rechtspersönlichkeit verlieren.
- 3. DIE LANDESSTELLE NÖ** wird über keine Budget-, Personal- und Vertrags-hoheit mehr verfügen.
- 4. DAMIT WIRD ES KEINE EINBINDUNG** von niederösterreichischen EntscheidungsträgerInnen in der Sozialversicherung mehr geben.
- 5. DADURCH DROHEN** einschneidende Verschlechterungen für die niederösterreichischen Versicherten, für die niederösterreichischen Gesundheitsdiensteanbieter und die niederösterreichische Wirtschaft.
- 6. VERSCHLECHTERUNGEN FÜR NÖ. VERSICHERTE:**
 - Durch den von der Bundesregierung gewünschten Personalabbau sind rund ein Drittel aller unserer regionalen Außenstellen in den nächsten fünf Jahren von Schließung bedroht.
 - Durch den Verlust der Vertragsautonomie werden regionale Versorgungslösungen künftig wegfallen!
 - Durch die Angleichung der gesundheitlichen Versorgung an den Bundesdurchschnitt droht in vielen Regionen eine Schließungswelle (z. B. müsste im Waldviertel bei einer Angleichung an den Bundesdurchschnitt jede vierte Kassenpraxis für Allgemeinmedizin geschlossen werden!).
- 7. VERSCHLECHTERUNG FÜR NÖ. GESUNDHEITSDIENSTEANBIETER:** Es drohen ein Stillstand bei Vertragsverhandlungen und ein jahrelanges Warten auf einen Ärztevertrag auf Bundesebene. Bis dahin müssen die Pläne zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung von der Ärztekammer für NÖ und der NÖGKK auf Eis gelegt werden. Folge: Ärztemangel!
- 8. VERSCHLECHTERUNG FÜR DIE NÖ. WIRTSCHAFT:** Der Wegfall der Entscheidungshoheit der neuen Landesstelle NÖ heißt, dass Aufträge nicht mehr – wann immer es rechtlich möglich ist – an niederösterreichische Betriebe vergeben werden können. Darüber entscheidet künftig die neue Zentrale – meist nach EU-weiter Ausschreibung. Die Folge: Wertschöpfung und Arbeitsplätze für Niederösterreich gehen verloren.

KOMMENTAR /// Christian Farthofer,
ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

ARBEITNEHMERINNEN RAUS – AUS DEM EIGENEN HAUS



Im September präsentierte die Bundesregierung ihre „Reform“ der Sozialversicherungen. Großspurige Versprechen wurden gemacht, von einer Milliarde Euro Einsparungen im System zum Wohle der PatientInnen wurde fabuliert und überhaupt habe man die größte Strukturreform der 2. Republik auf den Weg gebracht. So laut man diese „Reform“ präsentierte, so falsch sind alle Versprechen. Was geschehen soll, ist eindeutig: Selbstverwaltung soll es für die ArbeitnehmerInnen nur noch eingeschränkt geben, sie werden zu einer Minderheit im eigenen Haus. 3,5 Millionen Beschäftigte werden rund 250.000 Betrieben und Konzernen im Land gleichgestellt. Damit erhält die Wirtschaftskammer in der „neuen“ Österreichischen Gesundheitskasse die Mehrheit und kann über die ArbeitnehmerInnen bestimmen. Die nah an den Bedürfnissen der Menschen agierenden Gebietskrankenkassen werden zu Landesstellen eines Molochs in Wien degradiert und dürfen ohne Sanctus der Zentrale nichts mehr eigenständig entscheiden. Zu erwarten sind auf allen Ebenen längere Wartezeiten und eine gerade für den ländlichen Raum schlechtere Gesundheitsversorgung. Auch die versprochene Einsparung von einer Milliarde Euro kann man nur als reine Fantasiezahl bzw. Wunschdenken bezeichnen. Schon ein Blick auf die Zusammenlegung der Pensionsversicherungsanstalt zeigt, dass die Kosten der Zusammenlegung erheblich sein werden. Die einzigen, die ganz sicher zu den Gewinnern zählen werden, sind die BeraterInnen, die sich eine goldene Nase verdienen werden. Wem das nun bekannt vorkommt und wer an Schwarz-Blau I denken muss, dem kann ich das nicht verübeln.



Unfreiwillige Gratis-Arbeit

Der Equal Pay Day macht Einkommensunterschiede deutlich. In Österreich bekommen Frauen nach wie vor rund 20 Prozent weniger bezahlt als Männer.

In der Serie „Mad Men“ forderte die Figur Peggy Olson schon in den 1960er-Jahren von ihrem Chef gleiche Bezahlung. Bis heute ist die Einlösung dieser Forderung noch offen. Die Lohnschere zwischen Frauen und Männern schließt sich zwar seit Jahren, aber viel zu langsam, kritisieren die ÖGB-Frauen. Heuer findet der Equal Pay Day (EPD) österreichweit am 20. Oktober statt. An diesem Tag haben Männer bereits das Einkommen erhalten, für das Frauen noch bis zum Jahresende arbeiten müssen. Statistisch gesehen verdienen Frauen also um satte 19,9 Prozent weniger als Männer. Im Bundesländervergleich belegt Vorarlberg den letzten Platz mit 27,6 Prozent, gefolgt von Oberösterreich mit 24,2 Prozent. Am geringsten ist der Einkommensunterschied in Wien mit 15,2 Prozent.

Vorschläge liegen auf dem Tisch

Um die Situation von Frauen in der Arbeitswelt wesentlich zu verbessern und somit auch die Altersarmut von Frauen zu reduzieren, ist ein Bündel an Maßnahmen notwendig. Dazu gibt es bereits viele Forderungen und Vorschläge, sie müssten nur angegangen werden. Dazu zählen unter anderem die volle gesetzliche Anrechnung der Karenzzeiten (siehe Seite 2), ein Ausbau der flächendeckenden und leistbaren Kinderbetreuungs- und Kinderbildungseinrichtungen sowie ein Lohntransparenzgesetz.

Worten müssen Taten folgen

Letzteres wurde zum Beispiel in Island eingeführt – seit 1. Jänner 2018 müssen Unternehmen mit einer Größe von mehr

als 25 MitarbeiterInnen gegenüber der Regierung nachweisen, dass Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Tun sie es nicht, wird eine Geldstrafe fällig. Ziel: Bis 2020 soll die Lohnlücke komplett geschlossen sein. In Österreich scheint man davon noch weit weg zu sein: Zwar spricht sich Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) für mehr Lohngerechtigkeit und Einkommenstransparenz aus, aber von einem Lohntransparenzgesetz ist keine Rede. „Es reicht aber nicht, nur über bestehende Lohnunterschiede zu sprechen. Ein wichtiger Schritt wäre es, endlich Veränderungen einzuleiten und für Lohngerechtigkeit zu sorgen – und zwar rasch“, fordert Korinna Schumann, ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende.

DIE GEWERKSCHAFTSFRAUEN SETZEN SICH FÜR EIN GUTES LEBEN UND GUTE ARBEIT EIN. SIE FORDERN:

- ◆ Lohntransparenzgesetz zur innerbetrieblichen Offenlegung der Gehälter
- ◆ Volle gesetzliche Anrechnung der Karenzzeiten auf alle dienstzeitabhängigen Ansprüche
- ◆ KV-Mindestlohn von 1.700 Euro brutto
- ◆ Ein flächendeckendes, leistbares und vor allem qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungs- und -bildungsangebot ab dem ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt
- ◆ Unbezahlte Arbeit darf nicht länger Frauensache sein: Halbe-halbe muss endlich Realität werden

SOZIALES EUROPA ODER FREIHANDELSZONE FÜR KONZERNE?

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian diskutierten über die Zukunft der EU.

SEIT DER FINANZKRISE vor zehn Jahren hat sich die EU in eine völlig falsche Richtung entwickelt. Zuletzt haben zudem populistische Debatten über Fluchtrouten die sachliche Diskussion völlig verdrängt: Solange aber soziale Grundrechte in der EU nicht denselben Stellenwert haben wie die Wirtschaftsfreiheiten, wird die EU an Zuspund in der Bevölkerung verlieren. Lohn- und Sozialdumping ist eine stetig wachsende Gefahr. Durch zu nied-



»Ich möchte, dass sich die EU mehr um ihre soziale Dimension kümmert.«

EU-Kommissionspräsident
Jean-Claude Juncker

rige EU-Mindeststandards droht selbst in Wohlfahrtsstaaten wie Österreich ein Abbau sozialer Rechte. Am 4. Oktober 2018 diskutierten EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian über die Zukunft der EU. Was muss getan werden, um das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen wiederzugewinnen und die EU vor einem sozialen Kollaps zu bewahren? Welche Rolle spielt dabei Österreichs Vorsitz im Rat der EU? „Ich möchte, dass sich die EU mehr um ihre soziale Dimension kümmert. Wer die berechtigten Erwartungen der ArbeitnehmerInnen und Kleinunternehmen ignoriert, setzt den Zusammenhalt unserer Gesellschaften aufs Spiel“, sagte Juncker bereits in seiner Rede zur Lage der Union am 12. September 2018.

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian kritisierte: „Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft ignoriert nicht nur die Expertise der ArbeitnehmerInnenver-



»Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft ignoriert die Expertise der ArbeitnehmerInnenvertretung.«

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian

vertretung, sondern überhaupt das Thema soziales Europa. Die österreichische Präsidentschaft müsste viel ehrgeiziger auftreten, damit endlich etwas weitergeht.“ Den gesamten ÖGB-Europadialog gibt es jetzt zum Nachschauen auf: www.facebook.com/oegb.at



KOMMENTAR /// Evelyn Regner, kooptiertes Mitglied des ÖGB-Vorstands

EUROPA NICHT DEN KONZERNEN ÜBERLASSEN



© Christina Schön
Klar, der europäische Binnenmarkt hat viele Verbesserungen gebracht. Wir haben die Wahl, wo in Europa wir leben, arbeiten oder studieren wollen. Einkommen und Chancen sind aber immer noch sehr ungleich über den Kontinent verteilt. In der EU sollen alle Menschen ein gutes Leben ohne Angst führen können. Dazu müssen aber auch für alle die gleichen Spielregeln gelten: Für die selbstständige App-Entwicklerin und den

Software-Betrieb. Für den Maurer und die Baufirma. Für den Würstelstand genauso wie für den globalen Konzern.

Die Realität sieht heute aber anders aus. Während der Großteil von uns ganz selbstverständlich seine Steuern bezahlt, suchen die Top-Anwälte der großen Konzerne nach jedem Schlupfloch. Facebook, Google und Co. verdienen Milliarden mit unseren Daten, bezahlen aber praktisch keine Steuern in Europa. Und während die Gewinne der Multis jedes Jahr noch weiter steigen, freuen sich zwar einige Aktionäre, die Beschäftigten

leiden aber unter Sozialabbau, Flexibilisierung und immer höheren Anforderungen. Die Konzerne haben bisher dann profitiert, wenn Europa schwach war. Sie lagern ihre Briefkästen nach Panama aus, holen billige Arbeitskräfte aus Osteuropa und schicken die Steuererklärung an das niederländische Finanzamt. Dabei ist die EU der größte Wirtschaftsraum der Welt. Gemeinsam haben wir die Kraft, den großen Konzernen klare Regeln vorzugeben. Alle sollen einen fairen Beitrag zu einem guten Zusammenleben leisten. Das soziale Europa muss endlich Wirklichkeit werden.

PROTESTE GEGEN NEUES ARBEITSZEITGESETZ?



STERNFAHRT MIT BETROFFENEN

„Freiwillige bei Feuerwehren und Rettungsorganisationen, MusikantInnen, TrainerInnen, SportlerInnen, SchiedsrichterInnen, Mütter und Väter: Sie alle werden künftig weniger Zeit für die Familie und die Freiwilligenarbeit haben. Wenn nämlich der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche per Gesetz von der Ausnahme zur Regel werden, bleibt weniger Zeit für Freizeit und Familie. Darauf haben wir mit einer Sternfahrt aufmerksam gemacht“, erklärt ÖGB-Landesvorsitzender Erich Mauersics. Gemeinsam mit Betroffenen fuhr ein Demo-Truck von Mattersburg nach Eisenstadt. Nach einer Rundfahrt des Konvois durch die Landeshauptstadt trafen sich alle Beteiligten zu einer Kundgebung.

SCHULSTART MIT BITTEREM BEIGESCHMACK

Das neue Arbeitszeitgesetz stellt besonders burgenländische Frauen mit Betreuungspflichten aufgrund überlanger Arbeitszeiten, langer Anfahrtswege und fehlender Planbarkeit vor große Herausforderungen. Einerseits wird der Großteil der Betreuungsarbeit von Pflegebedürftigen im Burgenland in der Familie – zu 78 Prozent von Frauen – übernommen. Andererseits reicht das Kinderbetreuungsangebot im Burgenland für Eltern mit 12-Stunden-Tag nicht aus. Im Burgenland liegt die Betreuungsquote der unter Dreijährigen zwar bei 30 Prozent und bei den bis Fünfjährigen bei 97 Prozent. Trotzdem gibt es keine einzige Einrichtung, die 12 Stunden geöffnet hätte, so die ÖGB-Frauen Burgenland. Bei einem Infostand informierten die ÖGB-Frauen betroffene Eltern. Diese hatten auch die Möglichkeit, an einer Befragung teilzunehmen, wo sie ihre derzeitige Situation bewerten konnten. Die Befragung kann auch online unter www.arbeiterkammer.at/umfrage ausgefüllt werden.

COOLE INFOS FÜR JUNGE ARBEITNEHMERINNEN



DIE ÖGJ VERTEILTE nicht nur Eis an heißen Arbeitstagen an Lehrlinge, sondern

informierte auch zu Lehre und Pflichtpraktikum. „Wir haben die Jugendlichen in verschiedenen Firmen des Landes über ihre Rechte und Pflichten informiert. Außerdem wurde über die Kampagne ‚JVR bleibt!‘ diskutiert“, erklärt ÖGJ-Landessekretärin Ramona Pfneiszl. Die Pläne der Bundesregierung, die JugendvertrauensrätInnen abzuschaffen, würden jungen Menschen das Sprachrohr in den Firmen nehmen, heißt es von der ÖGJ.

DAS BURGENLAND IN ZAHLEN

WO MAN WOHNTE und wo man arbeitet – das macht im Burgenland beim Einkommen einen großen Unterschied. Das Einkommen der Beschäftigten im Burgenland beschert den letzten Platz im Bundesländervergleich. Das monatliche Bruttomedianeinkommen betrug im Jahr 2016 im Burgenland 1.827 Euro. „Damit lagen die ArbeitnehmerInnen im Burgenland an letzter Stelle im Bundesländervergleich. Der österreichische Durchschnitt lag bei 2.160 Euro brutto.

Für BurgenländerInnen, die außerhalb des Burgenlandes arbeiten, lohnt sich der Weg. Hier verdienen die BurgenländerInnen im Österreichvergleich nach den NiederösterreicherInnen am meisten. Diese Zahlen und jene zu Wohnraum, Bildung, sozialer Absicherung, Bevölkerungsentwicklung, Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung gibt es in der neuen Broschüre „Das Burgenland in Zahlen“ der Arbeiterkammer Burgenland.

GEWERKSCHAFTSSCHULE STARTET



NACH ZWEI JAHREN haben rund 60 GewerkschaftsschülerInnen aus dem Südburgenland und den Bezirken Neusiedl und Oberpullendorf ihre zweijährige Ausbildung abgeschlossen und ihre Abschlusszertifikate erhalten. Themen wie Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht, Sozial- und Wirtschaftspolitik, Rhetorik

und Kommunikation sowie Projektmanagement standen auf dem Stundenplan. Im Oktober startet ein neuer Lehrgang im Bezirk Oberpullendorf. Die Ausbildung richtet sich an BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und Gewerkschaftsmitglieder und ist kostenlos. Informationen unter www.voegb.at.

Arbeitsbedingter Krebs ist Killer Nr. 1 am Arbeitsplatz

Ingrid Reifinger, ÖGB-Expertin für gesunde Arbeit, fordert risikobasierte Grenzwerte für krebserzeugende Arbeitsstoffe.

Solidarität: In Österreich sterben 1.800 Menschen pro Jahr an arbeitsbedingtem Krebs. Was tun?



© Thomas Reiner

Ingrid Reifinger: Arbeitgeber sind verpflichtet, krebserzeugende Arbeitsstoffe durch nicht oder weniger gefährliche zu ersetzen. Persönliche

Schutzausrüstung darf nur das letzte Mittel sein. Deshalb fordern wir die Einführung von risikobasierten Grenzwerten. Jede/r soll wissen, wie hoch das Risiko bei krebserzeugenden Arbeitsstoffen ist.

Wie wichtig sind Grenzwerte bei krebserzeugenden Arbeitsstoffen?

Reifinger: Bei krebserzeugenden Arbeitsstoffen gibt es sehr oft keinen sicheren Grenzwert, schon eine geringe Belastung kann Krebs auslösen. Arbeitgeber sind deshalb verpflichtet, die Grenzwerte so weit als möglich zu unterschreiten, was in der Praxis aber oft nicht passiert. Die Politik, sowohl die EU als auch die österreichische Regierung, müssen die Grenzwerte deshalb weiter senken.



Darf nur das letzte Mittel sein: persönliche Schutzausrüstung

© Adobe Stock

Um welche krebserzeugenden Arbeitsstoffe geht es?

Reifinger: Asbest im Baugewerbe, Benzol in Motorsägen, Holzstaub, Dieselmotoremissionen in Kfz-Werkstätten, in Gesundheitseinrichtungen Zytostatika zur Krebsbehandlung und Formaldehyd in Desinfektionsmitteln. Es gibt aber auch Studien, die einen Zusam-

menhang zwischen Nachtschichtarbeit und Brustkrebs nachweisen.

Viele Krebsfälle werden aber nicht von der Arbeit, sondern von Tabakrauch verursacht. Selbst schuld?

Reifinger: Nicht unbedingt, denn in der Gastronomie werden Beschäftigte immer noch zum schädlichen Passivrauchen gezwungen. Das zu verbieten wäre sehr einfach. Aber dazu fehlt der politische Wille bei der Regierung.

Warum werden arbeitsbedingte Krebserkrankungen nur selten der AUIVA als Berufskrankheit gemeldet?

Reifinger: ArbeitnehmerInnen erkranken oft erst, wenn sie in Pension sind. Wer denkt da noch an eine Berufskrankheit? Auch die behandelnden Ärzte leider sehr oft nicht. Es geht dabei aber auch um die Zuerkennung einer Versehrtenrente!

WEBTIPPS:

www.gesundearbeit.at

www.auva.at/krebsgefahr

REIFEN- UND AUTOSERVICE

Ein paar Wochen noch und der 1. November klopft an die Tür – mit ihm steht auch allen AutofahrerInnen ein Reifenwechsel bevor. Die Sommerreifen müssen durch Winterreifen ersetzt werden. Nicht selten müssen auch neue Reifen gekauft werden, weil die alten total abgenutzt sind. Die Anschaffung ist nicht immer günstig. In Kooperation mit dem ÖGB bietet der Reifenspezialist „Profi Reifen“ spezielle Sonder-Einkaufspreise für alle ÖGB-Mitglieder.

Wie funktioniert es?

Entweder direkt in der nächsten „Profi Reifen“-Filiale oder telefonisch mit der ÖGB-Kundennummer 3300039148, unter der die Konditionen hinterlegt sind, den genauen Preis für die gewünschten Reifen erfragen. Beim Kauf zusätzlich zur Kundennummer unbedingt auch den ÖGB-Mitgliedsausweis vorzeigen.

Alle näheren Informationen und auch den Reifenspezialist-Standort in Ihrer Nähe finden Sie unter: www.profi-reifen.at

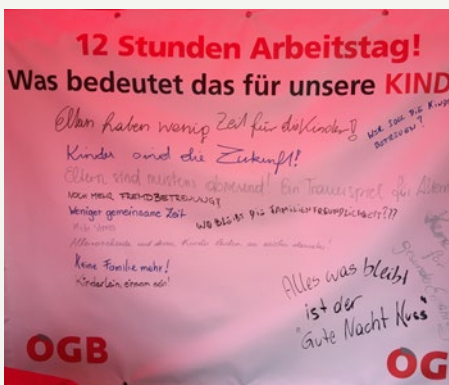


RADWANDERTAG



AUCH DER RADWANDERTAG, der vom ÖGB Waldviertel organisiert wurde, stand diesmal ganz im Zeichen des 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche. Für alle TeilnehmerInnen war vollkommen klar, dass dieses neue Arbeitszeitgesetz gegen den Willen der Beschäftigten durchgeboxt worden war. Die Auswirkungen wird man ganz sicher mit der Zeit spüren, und dann wird sich die Frage stellen, ob gesellige Ausflüge wie dieser Radwandertag noch so leicht möglich sein werden.

FAMILIENFEST



DAS VON DER AK NIEDERÖSTERREICH und dem ÖGB Niederösterreich organisierte Familienfest in Wr. Neustadt konnte trotz Regen über 800 TeilnehmerInnen begrüßen. An diesem Sonntag, der traditionell in ganz Österreich der Familie gewidmet ist, wurde die 60-Stunden-Woche heiß diskutiert. Der Informationsbedarf war enorm, die zum Ausdruck gebrachten Sorgen waren groß. Gerade um den Zusammenhalt der Familie, für die zukünftig noch weniger Zeit sein soll, drehten sich viele Gedanken.

BITTERE GESCHENKE ZUM SCHULSTART



© ÖGB NO

„**KIND UND JOB** unter einen Hut zu bringen stellt für viele Eltern eine enorme Herausforderung dar. Ihre Situation wird nun noch schwieriger, denn die Bundesregierung schenkt ihnen zu Schulbeginn den generellen 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche. Damit werden die ArbeitnehmerInnen mit ihren Sorgen und Ängsten vollkommen alleingelassen“, betont Elisabeth Preuss, ÖGB-NÖ-Landessekretärin.

Im Rahmen der Verteilaktion „Ein Schulstart mit bitteren Geschenken für Eltern“ haben die ÖGB-Frauen über das neue Arbeitszeitgesetz, das am 1. September in Kraft getreten ist, und die massiven Auswirkungen in ganz Niederösterreich informiert. Das Echo war eindeutig: Für viele wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu einem Kraftakt.



SOZIALVERSICHERUNG

AUVA: Privatisierung droht



ArbeitgebervertreterInnen erfüllten in der entscheidenden Vorstandssitzung Ende August 2018 mehr, als von der Regierung verlangt wurde: Anton Ofner, Obmann der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA), und die gesamte Arbeitgeberkurie in der AUVA hatten – völlig unverständlich – auf die Ausgliederung der Unfallkrankenhäuser und der Rehazentren bestanden.

Laut Beschluss sollen die Beschäftigten, auch die neu eintretenden, in der Dienstordnung der Sozialversicherung bleiben. „Wenn alles so bleiben soll, wie es bisher war, warum dann die Ausgliederung?“, fragt Rudolf Silvan, Vorsitzender der Landesstelle für Wien und Niederösterreich in der AUVA. Er ist überzeugt, dass die VertreterInnen der Wirtschaft hier eine Privatisierung vorbereiten. Gemeinsam mit den Betriebsräten und den Beschäftigten der AUVA konnten die Gewerkschaften das Schlimmste verhindern, nämlich die Zerschlagung der AUVA. Es gilt nun weiter, sich gemeinsam zu engagieren, damit der Einfluss der Betriebsräte, der Gewerkschaften sowie der Selbstverwaltung in der ausgelagerten GmbH gesichert wird.

Bessere
Antworten
Wie
Alles
Geht.

Für KontoBox Kunden:

**500
Euro**
Finanzpuffer
kostenlos!

Jederzeit
nutzbar.

Wenn das Leben mal etwas mehr kostet, sagen viele Banken: „Das wird teuer.“ Wir sagen allerdings: „Das kostet nichts.“ Denn bei der BAWAG P.S.K. haben wir Bessere Antworten Wie Alles Geht. Zum Beispiel ein Finanzpuffer in der Höhe von 500 Euro für KontoBox Kunden, den Sie jederzeit ohne Zinsen und ohne Kosten nutzen können. Aktion gültig bis 31.10.2018 für 24 Monate bei positiver Bonitätsprüfung. Nähere Informationen auf bawagpsk.com



KULTURLOTSINNEN

KUNST UND KULTUR FÜR ALLE

Wien hat ein Kulturangebot, das für jede Laune und jeden Geschmack das Richtige zu bieten hat. Die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen wird vielfach als Bereicherung und Ausgleich zum stressigen Arbeitsalltag erlebt.

Das Projekt „KulturLotsInnen als Brücke zwischen ArbeitnehmerInnen und Wiener Kunst-/Kulturinstitutionen“ wurde vom Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) ins Leben gerufen, um Barrieren zwischen ArbeitnehmerInnen und Kulturinstitutionen abzubauen.

Was machen „ÖGB-KulturLotsInnen“?

- ♦ Sie treten mit ArbeitnehmervertreterInnen in Kontakt und informieren sie über das Kulturangebot.
- ♦ Sie stellen mit ihnen gemeinsam maßgeschneiderte Kulturangebote für deren KollegInnen zusammen.
- ♦ Sie vernetzen Betriebe mit den Wiener Kulturinstitutionen, organisieren Führungen in Museen und Ausstellungen, Theaterabende, Konzerte und vieles mehr.
- ♦ Sie bieten auf Wunsch KünstlerInnen-gespräche und Workshops an.
- ♦ Sie verhandeln moderate Eintrittspreise.

Mehr Informationen und alle Angebote der ÖGB-KulturLotsInnen:
www.kulturlotsinnen.at



AK-APP „FRAG UNS“

ARBEITERKAMMER-INFO GIBT ES AUCH FÜR DAS HANDY

Jetzt gibt es Rat und Hilfe von der Arbeiterkammer auch per App. Die App „Frag uns“ gibt es für die am häufigsten genutzten Smartphones – iPhone und Android. Was kann die App?

- ♦ Der Bankenrechner hilft Ihnen, die passende Bank mit den günstigsten Konditionen zu finden.
- ♦ Der Brutto-Netto-Rechner zeigt, was nach Abzug von Steuer und Sozialversicherungsbeiträgen vom Lohn bleibt.
- ♦ Der Zeitspeicher hilft Ihnen, Arbeitszeit und Pausen am Handy aufzuzeichnen, damit Sie bei Bedarf Ihre Abrechnungen überprüfen und Ansprüche einfordern können.
- ♦ Der Urlaubsrechner holt für Sie maximal Freizeit für minimalen Urlaub heraus.

Mehr Infos: <https://bit.ly/2xMWpMD>



MOBBING IM JOB

ÖGB HILFT UND UNTERSTÜTZT BETROFFENE.

Mobbing am Arbeitsplatz verursacht psychische und gesundheitliche Schäden. Was mit kleinen Sticheleien beginnt, endet oft mit Ausgrenzung und Verlust des Arbeitsplatzes. Deshalb ist es wichtig, bereits bei den ersten Anzeichen von Mobbing durch KollegInnen oder Vorgesetzte professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die ExpertInnen des ÖGB beraten Gewerkschaftsmitglieder vertraulich und vermitteln bei Bedarf weitere Supervision und psychologische/psychotherapeutische Beratung.

Ausführliche Informationen und Kontaktmöglichkeiten – in den Gewerkschaften, im ÖGB und in allen Bundesländern – finden Sie online unter:
<https://bit.ly/2xKUjVa>

FACHTAGUNG „GEWALTIG DANEBEN!“

GEWALT IM JOB, IM NETZ UND ZU HAUSE

Die Fachtagung zu den Themen Gewalt im Job, im Netz und zu Hause findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Tatort Arbeitsplatz“ statt. Eröffnet wird diese durch VertreterInnen des ÖGB, der Gewerkschaft vida, der Arbeiterkammer Wien, des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser und des Weißen Rings. Im Anschluss an die Fachtagung wird der Film „Home Sweet Home – 40 Jahre Frauenhausbewegung“ vorgeführt.

Wann: 30. Oktober 2018, 9.30 bis ca. 15.30 Uhr

Wo: ÖGB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Veranstaltungssaal Wilhelmine Moik

Anmeldung erforderlich (bis 24. Oktober): veranstaltung@vida.at

Ausführliche Informationen zur Fachtagung: www.vida.at



2.844,-***

1.499,-

SIE SPAREN
47%

BOXSPRINGBETT „VENNY“.
Bezug Kunstleder weiß. Liegefläche 180 x 200 cm. Box-Taschenfederkern. Inkl. Bettkasten. 5-Zonen Taschenfederkernmatratze. 1 x Härte mittelfest, 1 x Härte fest. Höhe ca. 25 cm. Beimöbel, Kissen und Tagesdecke gegen Aufpreis.
(22996394, 22676673, 22676699)

Gültig von 8.10. bis 1.12.2018/AT9882. Gültig in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern. Solange der Vorrat reicht. Stappreise *** sind unverb. Hersteller-Preispf. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. Symbolfoto.

kika.at | leiner.at



MITGLIEDER-
RABATT

7,5%¹⁾

BEIM KAUF
VON KIKA & LEINER

GUTSCHEINEN

¹⁾ Gültig bis 31.12.2018 in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern in Österreich. Der Vorweis der ÖGB Card bzw. der Gewerkschaften ist unbedingt an der Kassa vorzulegen. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler.

RESTAURANT

Täglich frisch gekocht!

GUTSCHEIN

Gültig von 8.10. bis 1.12.2018



4,90*
2,90

SCHNITZEL „WIENER ART“ vom Huhn oder Schwein mit Pommes frites

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis.

RESTAURANT

Täglich frisch gekocht!

GUTSCHEIN

Gültig von 8.10. bis 1.12.2018



7,90*
3,90

SCHWEINSKOTELETT mit Pommes frites und Kräuterbutter

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei Leiner Krems. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis.



Baby-Pak-Choi in Kokosmilch

von Florian Kräftner

Zutaten (für vier Personen)

- ◆ Basmatireis
- ◆ Sesamöl, hell
- ◆ 1 daumenlanges Stück Ingwer
- ◆ 2 Knoblauchzehen
- ◆ 4 Karotten
- ◆ 1 Limette (Saft und Schale)
- ◆ ½ Kilo Baby-Pak-Choi
- ◆ 1 kleiner Chinakohl
- ◆ 2 EL Sojasauce
- ◆ 1 Dose Kokosmilch
- ◆ Sechuanpfeffer
- ◆ Salz
- ◆ Thai-Basilikum



© Florian Kräftner, Illu.: Isabelle Carhoun

Diesmal etwas Veganes. So leicht, dass es nicht schwer im Magen liegt, aber dank Kokosmilch auch wieder nicht so leicht, dass man als Nachspeise gleich zur Leberkäsesemmel greift. Wie immer gilt: Wenn die Zutaten gerade nicht vorhanden sind, einfach andere nehmen: Mangold statt Pak Choi, Zitrone statt Limette, Chili statt Sechuanpfeffer ... Aber Ingwer und Kokosmilch – die müssen rein!

Reis in einem Sieb waschen, bis das Wasser nicht mehr trüb ist. Mit der doppelten Menge Wasser zugedeckt zustellen. In einem schweren Topf Sesamöl erhitzen. Ingwer der Länge nach in dünne Scheiben schneiden, ins Öl geben. Knoblauchzehen mit dem Messerrücken zerdrücken, in den Topf geben. Karotten in dünne Scheiben schneiden, ebenfalls in den Topf geben. Limette abreiben, Schale dazugeben.

Pak-Choi-Blätter abschneiden, beiseitelegen. Festen Teil klein schneiden, zum schmurzelnden Gemüse geben. Mit Limettensaft und Sojasauce ablöschen. Chinakohl in Streifen schneiden; in den Topf geben. Wenn das Gemüse bissfest ist, Ofen abschalten, Kokosmilch und Pak-Choi-Blätter unterrühren, mit Salz und Sechuanpfeffer abschmecken. Auf Reis servieren, ein paar Basilikumblätter drüberzupfen.

VOM VERGESSEN UND VOM NICHT-WISSEN-WOLLEN



Vor Ilarias Wohnungstür in Rom wartet ein junger Mann aus Äthiopien. Er behauptet, er sei ihr Neffe. Ilarias Vater Attilio Profeti hätte einen in Italien unbekanntem Sohn gehabt, und der wäre sein Vater gewesen. Ilaria beginnt nachzuforschen. „Alle, außer mir“ ist ein packendes Buch über Vergessen und Erinnern, vor allem über das Nichtwissen: Ilaria weiß wenig über das Doppelleben ihres Vaters; Italien weiß weder etwas über die Geschichte noch die Gegenwart von Äthiopien, der ehemaligen Kolonie. Auch nichts darüber, wie eine Flucht über das Mittelmeer abläuft.

Italien will nichts mehr von den Kriegsverbrechen in Afrika wissen („Italien war ein ausgeüchterter Alkoholiker, der wie jeder Verfechter der Abstinenz nichts von seinem Verhalten während des letzten schlimmen Rausches

wissen will“), Ilaria weiß nichts von den Verwicklungen ihres Vaters darin. Und der war zeit seines Lebens froh, dass niemand etwas davon wissen wollte: Er verspürte „eine frostige Erleichterung: Seine Jugendjahre waren von den Geschichtsbüchern ausgelöscht worden“.

»IHR WISST NICHTS VON UNS, AUCH NICHT, WENN IHR DA WART.«

Francesca Melandri: Alle, außer mir. Aus dem Italienischen von Esther Hansen. Wagenbach, 608 Seiten, 26,80 Euro.

Bestellen: www.diefachbuchhandlung.at

Verlost wird ...

das Kombinations- und Reaktionsspiel „Cookiebox“: Zuckerspritze, Schokokleckse und Streuselexplosion im Cookie Shop, da werden Kekse gebacken und sortiert, bis die Krümel fliegen.

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

LÖSUNG BITTE EINSENDEN AN:

Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien oder gewinnspiel@oegb.at
Einsendeschluss: 16. November 2018

Auflösung des Rätsels Solidarität - Nr. 979

■ ■ ■ ■ L ■ ■ T ■ A ■
 M A G I E ■ L I E G E
 ■ F E N S T E R ■ E ■
 E R N T E ■ G ■ A N R
 ■ I ■ E ■ K A E L T E
 ■ K A R B O L ■ O ■ I
 M A N N ■ E ■ D I S C
 ■ ■ M ■ F L E I S C H
 ■ N A A R N ■ C ■ H ■
 ■ E C H O ■ O K T A N
 ■ T H O N E T ■ A L U
 ■ Z E I T ■ T U T E N

Erbauer der Semmeringbahn †	eine Jahreszeit	Abzählreim: ... me-ne, muh	knauerig	▼	Markt in Niederösterreich	körperl. Wahrnehmungsorgane	▼	Abk.: Inter-city-Express	▼	veraltet: Eisenbahnabteil
▶	▼	▼	▼		bereits, früher als erwartet	▶				
innerer Antrieb	▶					3		Hoheitsgebiet		östr. Regisseur (Franz) † 2007
▶					östr. Justizminister † 1926		belg. Heilbad in d. Ardennen	▶		▼
Kostenpunkt der Reise		Rassehund		Muskeln massieren	▶			7		
Ruhe, Lautlosigkeit	▶	▼	5				derb, plump		Trinkgefäß	
▶		10		lebenskräftig		Spende, Geschenk	▶	6		
kleine Brücke	Schluss		Stadteil Liegestatt im Schlafwagen	9						
Nachlassempfängerin	▶				2	Scherz, Spaß		Abk.: Achillessehnenreflex		zu keiner Zeit
Verbindungsbolzen	▶	1			Kurzw.: Untergrundbahn	▶				▼
Einzelheit	▶						Form e. Hilfszeitworts	▶		8
früherer östr. Fußballer (Johannes)	▶		4		ugs.: altes Auto	▶				

s1112-66

Der Wolf im Schafspelz



*Wie gewöhnlich! Warum immer in der Masse?
Geht doch lieber einzeln, liebe Arbeitnehmer!*



8-teilige Marken-Frotteeware zum Bestpreis!

Neu für Sie zum Kennenlernen: **67% Ersparnis-Vorteil!**

8 Teile, ein super Preis!

Edel mit zarten Biesen

Farbsatt und formstabil

Mit Schleife: ideal auch als Geschenk

Saugstark und schnelltrocknend

bordeaux

**4 Handtücher +
2 Badetücher +
2 Gästetücher**



terrakotta grün blau

UVP*-Preis 99,-
Personalshop-Preis 39,99
BESTPREIS
€ 31,99
Sie sparen € 67,01 gegenüber dem UVP*

IHR PREIS-VORTEIL 67%



Produktinfo

- 100% Baumwolle (450 g/m²)
- 8-teiliges Set bestehend aus:
- 4 Handtücher (50 x 70 cm)
- 2 Badetücher (70 x 140 cm)
- 2 Gästetücher (30 x 50 cm)
- Mit edlen zarten Biesen

BESTELLSCHEIN A30035 mit 30 Tage Rückgaberecht

Bestellen leicht gemacht! **0 512/ 34 33 44**
FAX 0 512 / 34 33 44-400

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	UVP*	Personalshop-Preis	BEST-PREIS
	62.507.817		8-teiliges Frotteeset, bordeaux	€ 99,-	€ 39,99	€ 31,99
	62.507.820		8-teiliges Frotteeset, blau	€ 99,-	€ 39,99	€ 31,99
	62.507.833		8-teiliges Frotteeset, terrakotta	€ 99,-	€ 39,99	€ 31,99
	62.507.846		8-teiliges Frotteeset, grün	€ 99,-	€ 39,99	€ 31,99

www.personalshop.com

Um sich im Shop anzumelden, verwenden Sie bitte diesen PIN-Code! (1 Monat gültig) Ihr PIN-Code ist gleichzeitig Ihr Gutscheincode. Beim Einlösen des Gutscheines im Warenkorb wird Ihr Rabatt abgebogen.

A30035 **SEHR GUT** 4.66/5.00
Stand: 09/2018, 22.730 Bewertungen

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6020 Innsbruck, Gärberbach 9, Tel: 0512 / 34 33 44, Fax: 0512 / 34 33 44-400, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet.

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,90

Name, Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Geburtsdatum: _____ E-Mail: _____

**Gleich einsenden an:
Servus Handels- und
Verlagsgesellschaft m.b.H.
Postfach 2, A-6050 Hall in Tirol**

5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

Bitte keine Zahlungsmittel beilegen. Angebote gelten nur in Österreich und solange der Vorrat reicht. Wir verwenden Ihre E-Mail-Adresse zur Abwicklung des Kaufs und zur Zusendung von Aktionsangeboten. Dem können Sie jederzeit widersprechen.

* Stappreise beziehen sich auf Hersteller-Listenpreise oder unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP)
** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
/

Postleitzahl Ort

Besten Dank